

Die möglichen Standortgemeinden für Atommülllager Seite 14

Die Schweizer Schuldenbremse inspiriert die OECD Seite 14

Die SBB zwischen Veränderungen und gewachsenen Strukturen Seite 15

Familie Kumli kauft im Berner Oberland ein Fertighaus Seite 17

Entscheide vor sich hergeschoben

Noch keine Zuteilung der hochspezialisierten Medizin

In der hochspezialisierten Medizin wird sich vorerst noch nichts ändern. Damit kann auch Zürich weiterhin Herztransplantationen vornehmen. Die Kantone haben sich in dieser Sache lediglich neue Fristen gesetzt.

Claudia Schoch, Altdorf

Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren (GDK) hat zwar in ihrer Medienmitteilung grossartig angekündigt: «Erste Entscheide in der Planung der hochspezialisierten Medizin.» Doch im Grunde wurde herzlich wenig, wenn nicht gar nichts entschieden. Für den Moment, das heisst bis Ende 2013, bleibt alles beim Alten.

Politisch noch nicht reif

Die zehn Gesundheitsdirektoren, welche das Beschlussorgan der interkantonalen Vereinbarung zur Hochspezialisierten Medizin (IVHSM) bilden (vgl. nebenstehenden Zusatz), haben am Freitag in Altdorf entschieden, dass die Transplantationen von Herzen weiterhin an den drei Zentren Zürich, Bern und Lausanne durchgeführt werden. Dies solle allerdings nur befristet bis Ende des Jahres 2013 gelten, dann soll ein Entscheid zur Konzentration auf höchstens zwei Zentren gefällt werden.

Die Präsidentin des HSM-Beschlussorgans, die St. Galler Regierungsrätin Heidi Hanselmann, unterstrich, dass der politische Wille zur Konzentration klar und einstimmig geäussert wurde. Der GDK-Präsident und Waadtländer Gesundheitsdirektor Pierre-Yves Maillard sowie sein Basler Kollege Carlo Conti fügten erklärend bei, politisch sei die Zeit für einen weitergehenden Entscheid im Moment noch nicht reif gewesen. Man fürchtete offenbar die Auseinandersetzung und wüste Attacken auf politischer sowie auch auf juristischer Ebene.

Gegen eine Mengenausweitung

Eine Entscheidung der Zuteilung durch das Bundesverwaltungsgericht wäre tatsächlich kaum wünschenswert. Nichts ändert sich auch bei den Transplantationen von Lunge, Leber, Niere und Pankreas. Doch gilt auch hier eine Frist bis Ende 2013, um die Zuteilungsent-



Der heikle Entscheid über die Zuteilung der Herztransplantationen ist bis 2013 vertagt.

CHRISTIAN BEUTLER / NZZ

scheide zu treffen. – Für die Protonentherapie hält das Beschlussorgan weiterhin an der Zuweisung an das Paul-Scherrer-Institut (PSI) fest. Es verzichtet damit auf ein zweites Zentrum, da es die gegenwärtigen und neu geschaffenen Kapazitäten am PSI für ausreichend erachtet. Hier geht es den Gesundheitsdirektoren vor allem darum, einer Mengenausweitung Gegensteuer zu geben. Eine Ausweitung könne erst in Betracht gezogen werden, wenn neue Indikationen für die Therapie ausgewiesen seien. Sollte ein weiteres Zentrum einmal in Frage kommen, werde eine Anbindung an die universitäre Forschung vorausgesetzt.

Am Inselspital der Universität Bern ist man von diesem Entscheid nicht überrascht. Direktionspräsident Urs Birchler erklärte auf Anfrage, dass das Projekt eines Protonentherapie-Zentrums dennoch weiterverfolgt werde, sowohl planerisch als auch konzeptionell und baulich. Man wisse sich dabei durch sämtliche Kantone ausser Zürich

Zur Beschlussfassung

es. · Das Krankenversicherungsgesetz fordert von den Kantonen, dass sie die Spitzenmedizin koordinieren und konzentrieren. Dazu haben die Kantone die interkantonale Vereinbarung zur hochspezialisierten Medizin (IVHSM) abgeschlossen. Dem Beschlussorgan der IVHSM gehören die Gesundheitsdirektoren der fünf Kantone mit einem Universitätsspital (Zürich, Bern, Basel, Waadt und Genf) sowie fünf weitere Kantone an. Ihm steht ein Fachorgan zur Seite, welches die Beschlüsse vorbereitet. Das Fachorgan hat den Auftrag, in zehn Leistungsbereichen der Spitzenmedizin Vorschläge zur Koordination und Konzentration zu erarbeiten. Abschliessend über Planung und Zuteilung der Spitzenmedizin auf bestimmte Zentren entscheidet das zehnköpfige Beschlussorgan. Dabei ist die Zustimmung von vier Universitätskantonen und vier weiteren erforderlich.

unterstützt. – Auch zur hochspezialisierten Medizin für Kinder (Verbrennungen, allogene Blutstammzell-Transplantationen) sind noch keine Entscheide gefallen. Sie sollen im Rahmen einer Gesamtbetrachtung fallen. Bei Kindern müsse, wie Maillard betonte, verstärkt auf das familiär-kulturelle Umfeld und die Distanz zur Familie geachtet werden. Erste Empfehlungen stellt das Beschlussorgan in diesem Bereich für das Frühjahr 2011 in Aussicht.

Stärkere Auflagen

Ferner sollen auch allogene Stammzelltransplantationen und die Behandlung von schweren Verbrennungen bei Erwachsenen an den bisherigen Zentren weiter durchgeführt werden, wobei stärkere Auflagen zur Qualitätssicherung erlassen werden. Schliesslich beließ man es auch bei den fünf bestehenden Zentren für Cochlea-Implantation (für Gehörlose).

Reaktionen aus Zürich, Seite 19

Wirklich Spitzenmedizin?

Differenzierte Betrachtung

es. · Spitzenmedizin verlangt nach Konzentration auf wenige Zentren. Darin sind sich alle einig. Doch wenn die konkreten Entscheide fallen, gibt es Enttäuschung für die einen. Die zehn Gesundheitsdirektoren wagten keinen solchen Schritt. Sie fürchteten die politische Auseinandersetzung und die Attacken der Enttäuschten. Besonders hart umkämpft ist die Herztransplantation. Zürich sorgte sich zu Recht um seine Stellung und setzte alles in Gang, um seinen Standort zu sichern.

Das Beschlussorgan desavouierte aber vor allem das Fachorgan. Dieses hatte eine Entscheidungsgrundlage erarbeitet und Empfehlungen abgegeben. Es war überzeugt, dass die Herztransplantationen auf maximal zwei Zentren zu konzentrieren seien. Dies im Interesse der Qualität. Und bei der hochspezialisierten Medizin für Kinder hatte es gar Zürich als alleiniges Zentrum empfohlen. Doch wenn bei den Herztransplantationen nichts geht, wird auch eine Regelung bei den Kindern unmöglich, wo Lausanne der Verlierer gewesen wäre. So ist das Spiel des Geben und Nehmens im Föderalismus. Dass man damit weit kommt, ist zu bezweifeln. So könnte auch in drei Jahren die Situation nicht einfacher sein.

Zürich, das über die längste Erfahrung bei Herztransplantationen verfügt, nach dem Rücktritt des Herzchirurgen Turina aber in eine vierjährige Baisse geraten war, hat nun eine zweite Chance. Vielleicht ist jedoch auch die Herztransplantation nochmals zu überdenken. Handelt es sich beim eigentlichen chirurgischen Eingriff wirklich um Spitzenmedizin? Sowohl das Fachorgan wie auch Herzchirurgen unterstreichen, dass heute andere Bereiche der Herzchirurgie weit mehr Können verlangen. Als Spitzenmedizin müsse hingegen die immunologische Behandlung betrachtet werden. Dann fragt es sich aber: Weshalb den Konflikt heraufbeschwören und die Herztransplantation auf zwei Zentren konzentrieren? Wäre eine Überwachung der Qualität nicht das kleinere Übel? Denn wo die immunologische Behandlung auf höchstem Stand ist und wo höchste Herzchirurgie betrieben wird, sollte auch die Herztransplantation ohne zusätzliche Kosten auf höchstem Qualitätsniveau möglich sein.

Zu viele Gürtel und Hosenträger

Der Schweizerische Gewerbeverband sagt der Regulierungsdichte den Kampf an – Bruno Zuppiger neuer Präsident

Die behördliche Regulierungswut habe alarmierende Ausmasse angenommen, beklagt der Schweizerische Gewerbeverband. Die Kosten, die der Wirtschaft so aufgebürdet würden, seien bis 2018 um 20 Prozent zu senken.

René Zeller, Lugano

Der Stabwechsel an der Spitze des Schweizerischen Gewerbeverbands (SGV) ist ohne parteipolitische Rempelen vollzogen worden. Am Freitag hat der Zürcher SVP-Nationalrat Bruno Zuppiger in Lugano das Präsidium des Dachverbands der KMU-Wirtschaft übernommen. Er ersetzt den freisinnigen Nationalrat Edi Engelberger, der nach sechsjähriger Amtszeit ins Glied zurücktritt. Der bodenständige Nidwaldner wurde zum Dank mit warmem Applaus, einer Hellebarde und dem Ehrenpräsidium beschenkt. Der designierte Nachfolger bringe ebenfalls die Bereitschaft mit, die «gewerbliche In-

teressenpolitik der eigenen Parteipolitik überzuordnen», hiess es. Die 363 anwesenden Delegierten honorierten diese Ansage, indem sie den 58-jährigen Zuppiger einstimmig zum neuen Präsidenten wählten.

Regulatorische Unsitten

Das Kernthema der KMU-Wirtschaft ist und bleibt es, die vielzitierten administrativen Hürden tiefer zu legen. Die plakativen Zielvorgaben für die kommenden vier Jahre, die in Lugano verabschiedet wurden, lauten: Regeln und Vorschriften abbauen sowie Gebühren, Abgaben und Steuern senken.

Diese Forderungen sind weder neu noch originell. SGV-Direktor Hans-Ulrich Bigler beklagte denn auch, in der Politik werde sonntags querbeet das Hohelied auf die KMU angestimmt. Werktags hingegen werde munter reglementiert und reguliert. Zu den schweizerischen Unsitten gehöre es, in allen neuen Gesetzen und Vorschriften Kontrollmechanismen und Sicherungen einzubauen. «Neben dem Gurt

braucht es immer auch Hosenträger, oftmals sogar noch Sicherheitsnadeln.» Dieser regulatorische Übereifer sei inakzeptabel.

In einer Studie hat der SGV vom Beratungsunternehmen KPMG messen lassen, wie sich die Regulierungskosten zulasten der Gesamtwirtschaft auswirken. Berechnet wurden die Kosten in den Bereichen Arbeitsrecht, Sozialversicherungen und Lebensmittelhygiene (vgl. NZZ 26. 5. 10). Der Befund lautet, dass sich allein in diesen Sparten die Regulierungskosten auf rund 4 Milliarden Franken belaufen. Darauf basierend hat der Gewerbeverband hochgerechnet, dass die Regulierungskosten in der Schweiz insgesamt auf «über 50 Milliarden Franken» zu beziffern seien. Das entspreche rund 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Demgegenüber habe der Bundesrat unlängst einen Betrag von 7 Milliarden Franken genannt. Das sei eindeutig tiefgestapelt.

Mittels einer Resolution haben die Delegierten in Lugano die Verbandsfunktionäre beauftragt, den «alarmie-

renden Fakten» Taten folgen zu lassen. Bis zum Jahr 2018 seien die Regulierungskosten um netto 20 Prozent beziehungsweise um 10 Milliarden Franken zu senken. Der Bundesrat sei anzuhalten, die Regulierungskosten systematisch zu erfassen. Zu schaffen sei ferner eine verwaltungsunabhängige KMU-Regulierungs-Kontrollinstanz. Dieses Gremium müsse Projekte an die Verwaltung zurückweisen können, sofern ein Gesetzes- oder Verordnungsentwurf zusätzliche administrative Kosten für die KMU verursache. Gesetze müssten mit einem Verfalldatum versehen werden (Stichwort «sunset legislation»). Kantone und Gemeinden seien aufzufordern, in ihrem Verantwortungsbereich sinngemäss zu handeln.

Damit wirft der Gewerbeverband den Knebel hoch in die Luft. Das neue Gespann Zuppiger/Bigler setzt sich nicht zuletzt selber unter Zugzwang. Die Resolution kann als Versuch betrachtet werden, Kampfbereitschaft der unter dem Dach des SGV vereinigten KMU-Wirtschaft zu unterstreichen. Bruno Zuppiger sprach in marki-

gen Worten vom «bedingungslosen Einsatz gegen behördliche Behinderungen», dem er sich verpflichtet fühle. Der scheidende Präsident Edi Engelberger forderte nicht minder dezidiert die «schwarzen Schafe der Finanzbranche» auf, endlich wieder auf den Boden zurückzufinden – weil «unschweizerische Entlohnungssysteme das Klima vergiften».

Kompromissbereitschaft?

Einen Kontrapunkt setzte in Lugano Bundesrat Didier Burkhalter. Er attestierte dem Gewerbeverband zwar Verantwortungsbewusstsein. Das bedinge aber Kompromissbereitschaft. «Das ist keine Schwäche, sondern eine Stärke des schweizerischen Systems», betonte der konsensorientierte Sozialminister. Als Beispiel führte Burkhalter das von ihm angepeilte Präventionsgesetz an, das eine sachliche Diskussion verdiene.

Unmittelbar vor Burkhalters Rede hatte Engelberger in den Saal gerufen: «Der Gewerbeverband will kein Präventionsgesetz!»